

Antwort  
der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 703  
der Abgeordneten Thomas Domres und Isabelle Vandre  
Fraktion DIE LINKE  
Landtagsdrucksache 7/1830

## **Stand der Umsetzung der Machbarkeitsstudie Sperenberg**

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Energie die Kleine Anfrage wie folgt:

### **Vorbemerkungen der Fragesteller:**

Das damalige Ministerium für Wirtschaft und Energie (MWE) hatte eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, um einen Überblick über alle am Standort Sperenberg, einer Landesliegenschaft, denk- und realisierbaren Projektumsetzungsoptionen im Sinne des damaligen Koalitionsvertrages der beiden die Landesregierung tragenden Parteien zu erhalten. Die damalige Landesregierung hatte es sich zur Aufgabe gemacht, energiepolitisch ein besonderes Augenmerk auf das Zukunftsthema Systemintegration der Erneuerbaren Energien zu legen. Hierzu sollen Modellvorhaben zu Speichertechnologien sowie kommunalen und regionalen Energiekonzepten initiiert und gefördert werden. Die Machbarkeitsstudie wurde durch die DBI Gas- und Umwelttechnik GmbH angefertigt und im Jahr 2018 landesseitig Gremien des Kreistages Teltow-Fläming vorgestellt. Entsprechende Entwicklungslinien wurden vom Staatssekretär Fischer aufgezeigt.

Im Januar 2019 teilte der Wirtschaftsminister des Landes Brandenburg im Rahmen einer Mündlichen Anfrage mit, dass trotz der unklaren Situation hinsichtlich der Windenergieanlagen - das OVG erklärte den Regionalplan Havel-land-Fläming Mitte 2018 für rechtswidrig - vorgesehen ist, zeitnah ein Industriekonsortium einzuberufen. Weiterhin teilte es mit, dass das MWE prüft, ob das Projekt für die Reallabore des BMWi geeignet ist.

### **Frage 1:**

Welche im Januar 2019 vorgesehene Gespräche wurden zwischenzeitlich mit welchen wirtschaftlichen Partnern in Sachen Entwicklung des Standortes Sperenberg wurden mit welchen Ergebnissen geführt?

### **zu Frage 1:**

Für die Umsetzung des Projektes in Sperenberg sind nach Einschätzung der Landesregierung die zwei folgenden essentiellen Probleme noch nicht gelöst:

- 1) Eine reale (und nicht nur bilanzielle) Nutzung von EE-Strom sowohl aus Photovoltaik (PV) als vor allem auch aus Windkraft sind eine zwingende Voraussetzung. Unter Verweis auf den für rechtswidrig erklärten Regionalplan ist aktuell diese Voraussetzung hinsichtlich der Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) nicht gegeben.
- 2) Ein solches Leuchtturmprojekt der Energiewende wird angesichts des bekannten regulatorischen Rahmens gegenwärtig kein Business Case ausweisen können und ist folglich zur Realisierung auf Subventionen angewiesen. Gegenwärtig lässt das europäische Beihilferecht mit der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) eine staatliche Förderung in diesem Bereich allerdings nicht zu. Das MWAE hat daher bereits in 2018 eine eigene Landesförderrichtlinie entworfen und der Europäischen Kommission – eingereicht durch das BMWi - zur Notifizierung vorgelegt. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen, so dass das Projekt Sperenberg aktuell nicht gefördert werden kann.

Vor dem Hintergrund dieser Sachlage bzw. Rechtslage haben keine weiteren offiziellen Gespräche mit den in Frage kommenden wirtschaftlichen Partnern stattgefunden.

Frage 2:

Welche Ergebnisse ergaben die Prüfung des damaligen MWE hinsichtlich der Passfähigkeit für Projekte in Sperenberg für Reallabore?

zu Frage 2:

Der Ideenwettbewerb des BMWI – die Reallabore der Energiewende – richtete sich an Unternehmen der Wirtschaft, die Projektvorschläge einreichen konnten. Ob ein potentielles Projekt passfähig gewesen wäre, lässt sich nur anhand konkreter Antragsunterlagen bewerten. Da für den Raum Sperenberg keine Projektideen eingereicht worden sind, liegen der Landesregierung zur Beantwortung der Frage 2 keine Erkenntnisse vor.

Frage 3:

Wie bewertet die Landesregierung aktuell die Umsetzungschancen der Machbarkeitsstudie der DBI Gas- und Umwelttechnik GmbH und den heutigen entsprechenden Arbeitsstand?

Zu Frage 3:

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

Frage 4:

Verfolgt die Landesregierung überhaupt noch die Umsetzung eines der in der Studie aufgezeigten Handlungskonzepte? Wenn ja, welche? Wie ist der Stand? Wenn nein, warum nicht?

Zu Frage 4:

Die Landesregierung präferiert das in der zitierten Studie entwickelte Szenario 3, verbunden mit einer perspektivischen Weiterentwicklung zum Szenario 4. Hinsichtlich der Voraussetzungen für eine Umsetzung wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

Frage 5:

Welche weiteren Untersuchungen sind im Rahmen der Machbarkeitsstudie Sperenberg seit 2018 von Seiten der Landesregierung initiiert worden, z.B. artenschutzrechtliche Untersuchungen usw., mit welchen Ergebnissen?

Zu Frage 5:

Weiterführende Untersuchungen wie z.B. zum Artenschutz bedingen einen konkreten Umsetzungsansatz. Prophylaktische und damit unspezifische Voruntersuchungen können systembedingt nicht die Ergebnisqualität aufweisen, um sie für spätere Projektumsetzungen zu nutzen. Die Landesregierung sieht daher allgemeine Untersuchungen nicht als sinnvoll an.

Frage 6:

Welche Naturschutzfachlichen Entwicklungsoptionen sieht die Landesregierung auf der Fläche? Welches Ziel wird verfolgt und mit welchen Mitteln sollen dieses erreicht werden?

Zu Frage 6:

Die Fläche ist als Wanderkorridor für waldgebundene Tierarten mit großen Raumanspruch einschließlich der kohärenten Waldflächen, die diesen Korridor flankieren, Bestandteil des landesweiten Biotopverbunds. Für diesen Wanderkorridor wurde die Grünbrücke über die B101 nördlich Luckenwalde errichtet. Das Ziel der Landesregierung ist hier der Erhalt und die Verbesserung der Verbindungsfunktionen für die Tiere.

Durch den Erhalt und die Wiederherstellung der dort vorkommenden Moore dient die Fläche auch dem Ziel des Klima- und Grundwasserschutzes. Mit dem Ziel, bedrohte Arten vor dem Aussterben zu bewahren, ist die Fläche teilweise FFH-Gebiet und als Naturschutzgebiet geschützt.

Zur Finanzierung der Grünbrücke wurden Bundesmittel verwendet.

## Frage 7:

Mit welchen Maßnahmen und Mitteln soll der Erhalt bzw. die Sicherung der Denkmale auf dem Areal erreicht werden?

## Zu Frage 7:

Das Denkmal „Heeresversuchsanstalt Kummersdorf-Gut“ besteht aus zwei Teilbereichen mit einer Gesamtfläche von ca. 2.300 ha. Der größere Teilbereich erstreckt sich über die Flächen der Schießbahnen Ost und West sowie über die südlich in der Liegenschaft gelegenen, zahlreichen Versuchsstellen und das Kasernengelände Kummersdorf-Gut. Der zweite Teilbereich umfasst das Gelände der Eisenbahnpioniere westlich von Sperenberg zwischen Schumka- und Hegesee. Auf der Liegenschaft befindet sich eine Vielzahl von Gebäuden, die seit dem Abzug der Westgruppe der Truppen (WGT) im Jahr 1994 ungenutzt sind. Für diese Gebäude werden seit der Übernahme durch das Land Brandenburg im Jahr 2012 regelmäßig Verkehrssicherungsmaßnahmen durchgeführt. Nachhaltige Nutzungen stehen für die Gebäude bislang nicht in Aussicht, so dass Erhaltungs- und Sicherungsmaßnahmen ohne konkretes Nachnutzungskonzept wirtschaftlich nicht tragbar sind.

Die Notsicherung der Gebäude würde ausweislich des von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben im Zusammenwirken mit dem Land Brandenburg beauftragten „Entwicklungskonzeptes Heeresversuchsstelle Kummersdorf-Gut“ vom Mai 2014 rd. 3,6 Mio. € kosten, die Sanierungskosten werden mit 33 Mio. € geschätzt. Ausweislich dieser Kosten können der Erhalt und die Sicherung einzelner Objekte nur im Rahmen eines Verkaufs mit entsprechendem Nutzungskonzept erfolgen. Dies entspricht auch Artikel 40 Absatz 5 der Verfassung des Landes Brandenburg („Das Land wirkt darauf hin, dass militärisch genutzte Liegenschaften verstärkt einer zivilen Nutzung zugeführt werden.“).

## Frage 8:

Inwieweit kann die Landesregierung das Museum Kummersdorf unterstützen?

## Zu Frage 8:

Seitens des Flächeneigentümers wird die Tätigkeit des Fördervereins „Museum Kummersdorf“ bereits seit der Übernahme der Liegenschaft in Landeseigentum im Jahr 2012 unterstützt. So wurde bereits am 25.10.2012 ein unentgeltlicher Nutzungsüberlassungsvertrag mit dem Förderverein Historisch-Technisches Museum „Versuchsstelle Kummersdorf“ e. V.“ zur Durchführung von kommerziellen Führungen auf der Liegenschaft geschlossen, der nachfolgend den aktuellen Erfordernissen angepasst wurde (z.B. wurde bei Waldbrandgefahrenstufen IV und V das Betreten der Liegenschaft vollständig ausgesetzt).

Zusätzlich wurde dem Förderverein die Hauptkaserne in Kummersdorf-Gut für Zwecke der Durchführung einer Ausstellung im Rahmen des Europäischen Kulturerbejahres 2018 sowie einer weiteren Ausstellung mit dem Titel „Die sowjetische Armee in Kummersdorf“ im Jahr 2019 zur unentgeltlichen Nutzung zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus hat die Landesregierung in den vergangenen Jahren wiederholt Projekte des Fördervereins unterstützt, so u.a. die Ausstellung „Die Rote Armee. Ausstellung zum 25. Jahrestag des Abzugs der russischen Armee. Fundstücke aus Kummersdorf“ oder auch die Konzeption und Herstellung von Schulungsmaterial für Führungen.

## Frage 9:

Die Anrainerkommunen haben den Antrag an die regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming gestellt, die in Rede stehende Fläche für die Erzeugung und Speicherung Erneuerbarer Energien auszuweisen, um somit eine planungsrechtliche Grundlage zu erhalten bzw. zu schaffen.

Welche Position bezieht die Landesregierung zu diesem Vorhaben als Flächeneigentümerin auch mit Blick auf den Natur- und Denkmalschutz auf besagter Fläche?

Zu Frage 9:

Mit Schreiben vom 28.02.2020 hat sich der Flächeneigentümer gegenüber der Regionalen Planungsgemeinschaft dahingehend positioniert, bei der Aufstellung des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 und insbesondere des Teilregionalplans „Wind“ die Errichtung von Windenergieanlagen am Standort Sperenberg zu ermöglichen und entsprechende Windeignungsgebiete zu berücksichtigen. Es wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Umsetzung eines „speicherbasierten Erneuerbare-Energien-Kraftwerks am Standort Sperenberg“ maßgeblich vom Ausbau erneuerbarer Energien auf dem Standort Sperenberg (insbesondere Photovoltaik- und Windenergieanlagen) abhängt. Ein Bezug erneuerbarer Energien von bereits vorhandenen oder ausgewiesenen Windeignungsgebieten außerhalb der Liegenschaft wäre insbesondere aufgrund der regulatorischen Rahmenbedingungen (Belastung mit Steuern, Abgaben und Umlagen bei einem Netzbezug des Stroms aus erneuerbarer Energien) nicht ausreichend.

Auch die Aufstellung von Teilflächennutzungsplänen „Wind“ bzw. „Erneuerbare Energien“ der Anrainergemeinden Am Mellensee und Nuthe-Urstromtal und die darin ausgewiesenen Windkonzentrationsflächen bzw. Konzentrationsflächen für erneuerbare Energien wurden vom Flächeneigentümer mit entsprechenden Stellungnahmen ausdrücklich befürwortet.

Die Vereinbarkeit dieser Vorhaben mit dem Natur- und Denkmalschutz wurde in dem von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben im Zusammenwirken mit dem Land Brandenburg beauftragten „Entwicklungskonzept Heeresversuchsstelle Kummersdorf-Gut“ vom Mai 2014 untersucht. Im Ergebnis dieser Untersuchung wurden bereits zwei potentielle Flächen für die Errichtung von Windenergieanlagen ausgewiesen, die mit o. a. Schreiben des Flächeneigentümers der regionalen Planungsgemeinschaft benannt wurden. Diese potentiellen Konzentrationsflächen für Windenergieanlagen wurden in dem Entwicklungskonzept so konzipiert, dass z. B. Windenergieanlagen entlang der ehemaligen Schießbahn errichtet werden sollen, um somit die Schießbahn wieder sichtbar zu machen. Derzeit ist die gesamte Schießbahn so bewaldet, dass diese in der Natur nicht mehr zu erkennen ist.

Gegenwärtig werden Gespräche mit der unteren Denkmalschutzbehörde geführt, in denen es um die Verträglichkeit von Windkraftanlagen auf dem Denkmal der ehemaligen Heeresversuchsstelle Kummersdorf geht.

Mit der Nutzung der Fläche durch erneuerbare Energien ergeben sich Möglichkeiten für die Finanzierung erforderlicher Maßnahmen auf der Liegenschaft, wie Kampfmittelräumung, Waldbrandschutz, Altlastenbeseitigung u.a.

Frage 10:

Welche Pläne hat die Landesregierung zur Entwicklung der Landesflächen in Sperenberg und wie werden die Anrainerkommunen und der Landkreis Teltow-Fläming dabei miteinbezogen?

Zu Frage 10:

Hinsichtlich der Pläne zur Entwicklung der Liegenschaft wird auf das bereits benannte Entwicklungskonzept „Heeresversuchsstelle Kummersdorf-Gut“ sowie auf das Projekt eines speicherbasierten Erneuerbare-Energien-Kraftwerks am Standort Sperenberg verwiesen, das von den Anrainerkommunen unterstützt wird. Neben der Ausweisung von Flächen für Windenergieanlagen und Photovoltaikanlagen und des Modellvorhabens „Speichertechnologie“ werden die Forstbewirtschaftung und ggf. die Entwicklung eines Forschungsstandortes die Säulen der Entwicklung der Liegenschaft sein. Möglichkeiten der Entwicklung könnten sich auch im Bereich Tourismus (z. B. um den Schumkasee) ergeben. Zwischenzeitlich werden auch Möglichkeiten gesehen, mittelfristig bebaute Flächen im Randbereich der Liegenschaft zu Wohnzwecken zu entwickeln. Diese Annahme stützt sich darauf, dass immer weniger Wohnbauflächen in Berlin und in der näheren Umgebung („Speckgürtel“) zur Verfügung stehen, die Nachfrage nach entsprechenden Flächen mit der Zunahme der Bevölkerung aber weiter steigt.

Die Kommunen und der Landkreis werden selbstverständlich in beabsichtigte Entwicklungen einbezogen. Alle künftigen Vorhaben werden eng mit den Anrainerkommunen abgestimmt, da diese im Rahmen ihrer Planungshoheit maßgeblich über die Weiterentwicklung der Liegenschaft entscheiden.